

Entwurf des Protokolls der Konferenz von Noordwijk (6. September 1955)

Quelle: Archives historiques du Conseil de l'Union européenne, Bruxelles, Rue de la Loi 175. Négociations des traités instituant la CEE et la CEEA (1955-1957), CM3. Réunion des ministres des affaires étrangères, Noordwijk, 06.09.1955, CM3/NEGO/009.

Urheberrecht: (c) Europäische Union

URL:

http://www.cvce.eu/obj/entwurf_des_protokolls_der_konferenz_von_noordwijk_6_september_1955-de-dc79617f-cf92-4042-859c-d1d7b7a433dc.html



Publication date: 05/11/2015

Entwurf des Protokolls der Tagung der Außenminister der Mitgliedstaaten der EGKS vom 6. September 1955 in Noordwijk

Teilnehmer :

Bundesrepublik Deutschland :

Prof. Dr. W. HALLSTEIN Staatssekretär im Auswärtigen Amt

Belgien :

S.E. Herr Paul-Henri SPAAK Ministre des Affaires Etrangères

Frankreich :

S.E. Herr Antoine PINAY Ministre des Affaires Etrangères

Italien :

S.E. Herr Gaetano MARTINO Ministre des Affaires Etrangères

Luxemburg :

S.E. Herr Joseph BECH Président du Gouvernement, Ministre des Affaires Etrangères

Niederlande :

S.E. Herr J.W. BEYEN Ministre des Affaires Etrangères

ERSTE SITZUNG

(Dienstag, den 6. September 1955 - Vormittag)

Die Sitzung wird um 10.45 Uhr von dem Präsidenten, Herrn BEYEN, eröffnet.

[...]

III. Punkt 3 der Tagesordnung : Bericht des Präsidenten des von der Messina-Konferenz eingesetzten Regierungsausschusses.

In Erwiderung auf die Worte des Dankes, die Herr Beyen an ihn gerichtet hat, bringt Herr SPAAK seine Freude über seine Ernennung zum Ausdruck und dankt seinerseits seinen Kollegen, daß sie ihn zum politischen Koordinator gewählt haben. Er übernehme diese zusätzliche Arbeit gern, da die behandelten Themen von großer Bedeutung seien und er Hoffnung hege, daß die jetzt von neuem gemachten Anstrengungen auf dem Wege zu einer wirtschaftlichen Einigung Europas letzten Endes zu glücklichen Ergebnissen führen würden.

Herr Spaak dankt seinen Kollegen ferner für die Zusammensetzung ihrer nationalen Delegationen und weist darauf hin, daß die Wahl der Persönlichkeiten, die dazu berufen worden seien, die Delegationen zu leiten und den Vorsitz in den Ausschüssen zu führen, die rasche Herstellung einer ausgezeichneten Fühlungnahme ermöglicht habe, auf Grund deren weitgehende Übereinstimmung in bezug auf die grundlegenden Fragen und die allgemeine Ausrichtung festgestellt worden sei; es habe einen tiefen Eindruck hinterlassen, in welcher außergewöhnlichen Atmosphäre des guten Willens und der Verständnisbereitschaft die Arbeiten

begonnen und durchgeführt worden seien.

Entsprechend den in Messina gefaßten Beschlüssen habe der Ausschuß seine konstituierende Sitzung am 9. Juli 1955 abgehalten und bei dieser Gelegenheit beschlossen, einen Lenkungsausschuß und eine Reihe von Ausschüssen und Unterausschüssen zur Prüfung der verschiedenen technischen Probleme einzusetzen. Herr Spaak gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Lenkungsausschuß seine Aufgabe als durchaus aktiv aufgefaßt habe. Seine Aufgabe bestehe nämlich darin, die Arbeit der Ausschüsse und Unterausschüsse anzuspornen und zu lenken, zu koordinieren und regelmäßig zu verfolgen. Seit Beginn der Arbeiten habe der Lenkungsausschuß diese Aufgabe erfüllt und seine Dynamik auf die gesamte Organisation übertragen.

Herr Spaak bemerkt sodann, anlässlich der Einsetzung des Lenkungsausschusses habe sich die Frage seiner Zusammensetzung gestellt. Es sei selbstverständlich, daß dem Lenkungsausschuß außer dem politischen Koordinator auch die Leiter der sechs Delegationen der auf der Messina-Konferenz vertretenen Staaten angehörten. Ferner seien Dispositionen für die Beteiligung von Vertretern des Vereinigten Königreiches, der Hohen Behörde der EGKS sowie der Generalsekretariate der übrigen in der Messina-EntschlieÙung erwähnten internationalen Organisationen getroffen worden.

Nach einem Hinweis auf die in der Messina-EntschlieÙung enthaltenen Bestimmungen über die Beteiligung des Vereinigten Königreiches, die London-Reise des Herrn Präsidenten Beyen, die der britischen Regierung übermittelte Einladung und die Erwiderung von Herrn MacMillan auf diese Einladung erklärt Herr Spaak, daß der Lenkungsausschuß die EntschlieÙung der Minister richtig auszulegen geglaubt habe, als er das Vereinigte Königreich aufgefordert habe, sich im Lenkungsausschuß vertreten zu lassen.

Herr Spaak betont, daß ein Vertreter der britischen Regierung in sämtlichen Sitzungen des Lenkungsausschusses anwesend gewesen sei und daß britische Sachverständige an den Arbeiten der Mehrzahl der Ausschüsse und Unterausschüsse teilgenommen hätten. Er fügt hinzu, daß diese Vertreter sich aktiv beteiligt hätten und daß trotz der in der Erwiderung von Herrn MacMillan geäußerten Vorbehalte die britischen Sachverständigen aktiv mitgearbeitet hätten, indem sie ihre Beobachtungen mitgeteilt hätten und gegebenenfalls von der Voraussetzung ausgegangen seien, daß sich ihre Regierung einem gemeinsamen Vorgehen der sechs Regierungen anschließen würde. Herr Spaak glaubt aus dieser konstruktiven Haltung schließen zu können, daß in der britischen Haltung eine leichte Änderung eingetreten sei. Auf alle Fälle scheine die britische Regierung ein sehr großes Interesse an den in Gang befindlichen Arbeiten zu haben. Ihre positive Haltung schaffe eine ausgezeichnete Atmosphäre, die gefördert werden müsse.

Hinsichtlich der Hohen Behörde der EGKS, der Generalsekretariate der OEEC, des Europarats und der Europäischen Konferenz der Verkehrsminister erinnert Herr Spaak daran, daß auf der Messina-Konferenz beschlossen worden sei, diese Organisationen um ihre Mitarbeit zu bitten. Sie hätten sich in Erwiderung auf die an sie ergangenen Einladungen bereit erklärt, die Konferenz nach besten Kräften zu unterstützen.

Herr Spaak weist jedoch darauf hin, daß nach Auffassung des Lenkungsausschusses ein Unterschied zwischen der Hohen Behörde der EGKS einerseits und den drei übrigen Organisationen andererseits gemacht werden müsse. Nach Auffassung des Lenkungsausschusses gehe nämlich aus der Messina-EntschlieÙung hervor, daß man sich im ersten Falle an die Organisation selbst wenden müsse, während es sich in den übrigen Fällen um die Sekretariate von Regierungsorganisationen handle. In diesem Zusammenhang sei festgestellt worden, daß die Hohe Behörde ein Organ mit eigenen Entscheidungsbefugnissen sei und die Berechtigung besitze, „für sich selbst zu sprechen“, was die ihr zugestandene Sonderstellung rechtfertige. Andererseits sei der Lenkungsausschuß auch der Auffassung, daß die Erfahrung, die die Hohe Behörde als erstes supranationales Organ insbesondere hinsichtlich der Errichtung und des Arbeitens eines gemeinsamen Marktes gewonnen habe, für die Arbeiten des Ausschusses von sehr großem Nutzen sein könnte. Aus diesem Grunde sei beschlossen worden, der Hohen Behörde einen ständigen Sitz mit beratender Stimme im Lenkungsausschuß einzuräumen, während die drei übrigen Organisationen zur Mitarbeit in diesem Ausschuß nur dann aufgefordert werden sollten, wenn nach Auffassung des Präsidenten ihre Anwesenheit für den guten Fortgang der Arbeiten von Nutzen sein könne. Herr Spaak erklärt, daß diese drei Organisationen über die ihnen eingeräumte Stellung einige Bemerkungen gemacht und ihren Fall den verschiedenen Regierungen vorgelegt hätten und stellt anschließend fest, daß

diese Frage anlässlich der Erörterung des Punktes 5 der Tagesordnung der Konferenz behandelt werden müsse.

Herr Spaak führt aus, daß der Lenkungsausschuß vier Sitzungen abgehalten habe; die Vertreter der oben genannten Organisationen seien aufgefordert worden, an zweien dieser Sitzungen teilzunehmen, darunter an derjenigen vom 5. September, die besonders wichtig gewesen sei, da sie der Ministerkonferenz vorausgegangen sei.

Herr Spaak weist in seinen Ausführungen darauf hin, daß die übrigen Verwaltungs- und Finanzprobleme ohne Schwierigkeiten gelöst worden seien und die Minister sich mit diesen nicht weiter zu beschäftigen brauchten. Er fügt hinzu, daß man sich im Lenkungsausschuß rasch über die Organisation der Arbeit und die Schaffung der Ausschüsse und Unterausschüsse geeinigt habe. Gemäß dem in der Messina-Entscheidung enthaltenen Plan habe der Lenkungsausschuß folgende Ausschüsse bzw. Unterausschüsse eingesetzt:

- einen Ausschuß für Verkehr und Verkehrswege, einen Ausschuß für Atomenergie, einen Ausschuß für Energie im herkömmlichen Sinne und einen Ausschuß für den gemeinsamen Markt,

- einen Unterausschuß für Investitionen, einen Unterausschuß für Sozialfragen, einen Unterausschuß für Luftverkehr und einen Unterausschuß für Post- und Fernmeldewesen.

Herr Spaak führt aus, daß diese verschiedenen Instanzen eine sehr umfangreiche Arbeit leisteten, die während mehrerer Tage in der Woche die Anwesenheit einer großen Anzahl von Sachverständigen in Brüssel notwendig mache. Er werde noch auf die Frage zurückkommen, zu welchem Zeitpunkt die Arbeiten beendet sein könnten. Hinsichtlich des technischen Aspektes der Arbeiten hält es Herr Spaak nicht für zweckmäßig, in einem Exposé ausführlich auf das Grundsätzliche der Probleme sowie auf die erzielten Ergebnisse oder die unter Umständen noch bestehenden Schwierigkeiten einzugehen. Wenn man sich mit diesem technischen Aspekt beschäftige, sei es nämlich seines Erachtens sehr schwierig, sich auf die bloße Anhörung eines mündlichen Berichtes hin einen genauen Begriff von den Problemen zu machen, so daß man unter diesen Umständen besser von einer Diskussion absehen sollte.

Abgesehen hiervon würde ein ausführliches Exposé sehr viel Zeit beanspruchen, und eine eingehende Erörterung scheine im Laufe dieser Konferenz nicht möglich zu sein. Ferner müsse der Tatsache Rechnung getragen werden, daß die Arbeiten der Sachverständigen in der Mehrzahl der Fälle noch nicht so weit fortgeschritten seien, um mit Erfolg Gegenstand eines Berichtes sein zu können. Es wäre daher richtiger, die Arbeiten in ihrem derzeitigen Rahmen fortzusetzen.

Herr Spaak teilt mit, daß er trotzdem seinen Kollegen die eingeschlagene Arbeitsmethode darlegen und einen allgemeinen Überblick geben wolle.

Er weist darauf hin, daß der Lenkungsausschuß für die einzelnen Ausschüsse oder Unterausschüsse eine oder mehrere Richtlinien aufgestellt habe. Diese Richtlinien, denen die Bestimmungen der Messina-Entscheidung zugrunde lägen, beträfen die u.U. erforderlichen Arbeiten zur Ermittlung der auf dem in Betracht gezogenen Gebiet bereits erzielten Ergebnisse sowie die verschiedenen Punkte, die die Sachverständigen zu untersuchen hätten und zu denen sie Lösungsvorschläge vorlegen sollten. Herr Spaak weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß im Rahmen der oben genannten Richtlinien den Sachverständigen die Weisung erteilt worden sei, ihre Arbeiten nicht mit einer Untersuchung der institutionellen Fragen zu beginnen. Die Sachverständigen seien vielmehr aufgefordert worden, die Fragen an sich zu prüfen und sie vom technischen Standpunkt aus zu beantworten. Vorschläge für die Errichtung bestimmter Organe sollten nur im Rahmen der vorgeschlagenen Lösungen, sofern diese die Schaffung von Organen notwendig machten, vorgelegt werden. Die Vorschläge für die Schaffung von Institutionen dürften daher nur als Folge der technischen Vorschläge erscheinen. Die Behandlung der Probleme erfolge ohne irgendein „a priori“ und eine doktrinäre Idee in dem ausschließlichen Wunsche nach konkreten Ergebnissen.

Herr Spaak teilt ferner mit, der Lenkungsausschuß habe die Ausschüsse aufgefordert, ihre Arbeit im Hinblick auf die von den Mitgliedsstaaten durch ihren Willen zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes zum Ausdruck gebrachte Solidarität in Angriff zu nehmen. In diesem Zusammenhang unterstreicht Herr Spaak, daß der gemeinsame Markt tatsächlich das allgemeine Ziel der auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Integration verfolgten Politik der sechs Regierungen sei, und daß eine solche Aussicht bei keiner der anderen internationalen Organisationen wie der OEEC, dem Europarat oder der EKVM bestehe. Darum bestehe seiner Ansicht nach der eigentliche Fortschritt, der in Messina erzielt worden sei, darin, daß die Verwirklichung des gemeinsamen Marktes als Arbeitshypothese gegeben worden sei. Alle anderen Anstrengungen im Hinblick auf die wirtschaftliche Integration Europas müßten sich nach diesem obersten Ziel ausrichten.

Alle Ausschüsse seien in Debatten allgemeiner Art eingetreten. Diese Debatten schienen von Nutzen gewesen zu sein, da sie es ermöglicht hätten, die Fragen herauszuarbeiten und die Probleme genau einzuordnen. Indessen habe es sich als zweckmäßig erwiesen, die Arbeit genau zu umreißen und zu begrenzen. Der Lenkungsausschuß habe den Sachverständigen mitgeteilt, daß sie präzise Fragen zu beantworten hätten und daß die Erklärungen allgemeiner Art Sache der Politiker seien, die mit der öffentlichen Meinung Fühlung hätten. In diesem Zusammenhang seien die Sachverständigen darauf hingewiesen worden, daß ihre technischen Antworten keinerlei politische Verantwortlichkeit zur Folge hätten. Herr Spaak ist der Auffassung, daß dieser Punkt von den Ministern bestätigt werden müßte. Was man seines Erachtens von den Arbeiten des Ausschusses erwarten könne, sei, daß die Sachverständigen in voller Objektivität und in völliger geistiger Freiheit die technischen Antworten und die geeigneten Lösungen unterbreiteten, die zur Verwirklichung des politischen Willens der Regierungen erforderlich seien. Die Arbeit der Sachverständigen müsse infolgedessen vollkommen frei vor sich gehen, unter Berücksichtigung dessen, daß die politische Verantwortung zum geeigneten Zeitpunkt vom Lenkungsausschuß und später von den Ministern selbst übernommen werde.

Herr Spaak befaßt sich sodann mit dem Rhythmus der Arbeiten und teilt dazu mit, daß in mehreren Ausschüssen Fragebogen ausgearbeitet worden seien, auf die die Sachverständigen konkrete Antworten geben sollten. Nach Eingang dieser Antworten sei das erste Stadium der Arbeiten abgeschlossen. Der Lenkungsausschuß habe im übrigen dafür den 15. Oktober festgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt sollten die Vorsitzenden der Ausschüsse dem Lenkungsausschuß eine erste Ausarbeitung ihrer Schlußfolgerungen vorlegen, zu denen dieser Stellung nehmen werde. Diese Methode sei seines Erachtens praktisch und präzise und werde es ermöglichen, in der gewünschten Frist zu einem Abschluß zu gelangen. Nach der Mitteilung, daß der Lenkungsausschuß die Minister um keine neue Richtlinie bitte, erklärt sich Herr Spaak bereit, noch im einzelnen über den Stand der Arbeiten und die behandelten Themen zu berichten. Doch sei er der Meinung, daß sich die Ministerkonferenz, wie er bereits erwähnt habe, nicht mit Einzelheiten befassen könne und sich auf eine Beurteilung der Gesamtlage beschränken müsse.

Zu Beginn der Schlußfolgerungen seines Exposés meint Herr Spaak, es könnte von Nutzen sein, wenn die Ministerkonferenz die in Messina gefaßten Beschlüsse bestätigte, ohne jedoch mit dieser Bestätigung eine Neuformulierung der Zielsetzung der sechs Regierungen zu verbinden. Durch die Anwendung neuer Formulierungen dürften keine Unklarheiten hinsichtlich des Willens der Regierungen entstehen.

Herr Spaak berührt am Rande das Problem der Landwirtschaft, das in der EntschlieÙung von Messina nicht erwähnt worden sei. Dieses Problem erweise sich im Rahmen der europäischen Organisation als besonders schwierig. In diesem Zusammenhang möchte er darauf hinweisen, daß bisher nur in einigen Delegationen Landwirtschaftssachverständige vertreten seien.

Herr Spaak erinnert anschließend daran, daß laut der EntschlieÙung von Messina der Gesamtbericht des Lenkungsausschusses den Außenministern spätestens am 1. Oktober 1955 vorgelegt werden müsse. In Anbetracht des Standes der Arbeiten habe es sich erwiesen, daß dieser Termin nicht eingehalten werden könne. Er halte es daher für notwendig, die Minister um eine zusätzliche Frist von zwei Monaten zu bitten. Wenn diesem Antrag stattgegeben würde, könnte der Lenkungsausschuß das auf seiner letzten Sitzung vorgesehene Programm bestätigen, nachdem die erste Arbeitsphase etwa am 15. Oktober mit der Vorlage der Schlußfolgerungen der Ausschüsse an den Lenkungsausschuß beendet würde und die zweite Phase, die

der Abfassung des Gesamtberichtes gewidmet sei, etwa Ende November abgeschlossen sein könnte. Herr Spaak erklärt diesbezüglich, der Gesamtbericht werde so abgefaßt, daß die Minister Beschlüsse über die Einberufung einer oder mehrerer Regierungskonferenzen entsprechend der Entschließung von Messina fassen könnten.

Herr Spaak schlägt schließlich vor, daß die Konferenz den Sachverständigen der Delegationen bestätigt, daß sie frei, ohne irgendwelche politischen Auswirkungen befürchten zu müssen, ihren technischen Beitrag zu den Arbeiten leisten könnten. Die Prüfung der politischen Aspekte würde vom Lenkungsausschuß begonnen und anschließend von den Ministern selbst vorgenommen werden.

Der Präsident dankt Herrn Spaak für sein Exposé. Er entnehme daraus, daß der Ausschuß bereits Wesentliches geleistet habe und daß eine hervorragende Arbeitsmethode gefunden worden sei.

Mit dem Hinweis darauf, daß Herr Spaak die Konferenz gebeten habe, einige Punkte hinsichtlich der beschriebenen Arbeitsmethode zu bestätigen, fordert er seine Kollegen auf, ihre allgemeinen Bemerkungen vorzubringen, da die Frage der Vorlage des Ausschußberichtes sowie die der Beteiligung der internationalen Organisationen im Rahmen der Punkte 4 und 5 der Tagesordnung geprüft werden müßten.

Herr Martino freut sich in erster Linie, feststellen zu können, daß die von Herrn Spaak vorgelegte Bilanz positiv sei. Er bringt seine Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß den Sachverständigen die Weisung erteilt worden sei, bei ihren Untersuchungen die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für die sechs Länder als allgemeine Ausgangshypothese zugrunde zu legen. Er sei in der Tat der Ansicht, daß es wohl nur noch mit der Errichtung eines gemeinsamen Marktes möglich sei, die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa weiter voran zu treiben, als dies bisher bereits geschehen sei.

Herr Martino erklärt sich ferner ebenso wie Herr Spaak damit einverstanden, daß den Sachverständigen bei ihrer Untersuchungsarbeit völlige Freiheit gelassen werden soll. Er bringt schließlich seine Freude darüber zum Ausdruck, daß sich die britischen Sachverständigen so aktiv beteiligen und daß sich die Haltung des Vereinigten Königreichs zu ändern scheine.

Herr Hallstein schließt sich zunächst den vom Präsidenten und Herrn Martino hinsichtlich der von dem Brüsseler Ausschuß erzielten Fortschritte zum Ausdruck gebrachten Worten der Befriedigung und Ermutigung an und erklärt sodann, es liege ihm daran, jedes Mißverständnis in bezug auf die Haltung der Bundesregierung zur Frage der europäischen Integration auszuschalten.

In diesem Zusammenhang teilt er mit, daß gewisse Gerüchte glauben machen wollten, es gebe innerhalb der Bundesregierung keine einheitliche Haltung gegenüber den europäischen Problemen, insbesondere in bezug auf die europäische Integration. Zwar würden in der Bundesrepublik die geeignetsten Methoden zur Schaffung eines geeinten Europas erörtert, doch werde die Notwendigkeit, dieses Ziel zu erreichen, in keiner Weise in Zweifel gezogen. Diese Erörterungen, die im übrigen sehr theoretischer Art seien, bezögen sich im wesentlichen auf die dabei anzuwendenden Mittel, wobei der Akzent entweder auf den institutionellen oder auf den funktionellen Aspekt gesetzt werde. Da die Einheit Europas nicht erzwungen werden könne, müsse sie als logische Konsequenz erscheinen, worin die Bedeutung der im Gange befindlichen Gespräche liege.

Die Bundesregierung sei nach wie vor fest von der Notwendigkeit überzeugt, die europäische Einheit herzustellen, und sei weiterhin in diesem Sinne tätig. Im Laufe der letzten Unterredungen habe der Herr Bundeskanzler ihm gegenüber die Notwendigkeit unterstrichen, auf dem Gebiete der europäischen Integration kurzfristig zu wesentlichen Ergebnissen zu gelangen. Die in der Weltlage eingetretene Entspannung habe ihn in dieser Ansicht bestärkt; die wirtschaftliche und kulturelle Rolle, die Europa zufallen werde, setze eine bedeutende wirtschaftliche Stärke voraus. Ferner sei ein fest geeintes Europa eine sichere Garantie für den Frieden.

Es sei das Problem einer etwaigen Überschneidung der Arbeiten des Brüsseler Ausschusses mit denen anderer Institutionen zur Sprache gebracht worden. Er sei der Auffassung, daß die Arbeiten des Ausschusses einen besonderen Charakter hätten, der sich aus der von den Außenministern in Messina getroffenen

politischen Entscheidung ergebe, die den durchzuführenden technischen Untersuchungen eine ganz bestimmte Richtung zuweise.

Herr Hallstein bemerkt außerdem, daß ein außenstehender Beobachter bei der Lektüre der Entschließung von Messina den Eindruck gewinnen könne, es handele sich dabei um ein Verzeichnis verschiedener und nicht miteinander in Zusammenhang stehender Probleme. Die bereits von dem Brüsseler Ausschuß geleistete Arbeit habe nun aber gezeigt, daß alle Punkte der Entschließung von Messina tatsächlich organische Teile des Ganzen seien, welches die Perspektive eines gemeinsamen Marktes darstelle. Diese sehr wichtige Feststellung werde für die zu befolgende Arbeitsmethode bestimmend sein.

Herr Bech bemerkt, Herr Spaak habe wiederholt darauf hingewiesen, daß die Sachverständigen aufgefordert worden seien, ihre Stellungnahmen ohne Rücksicht auf irgendwelche politischen Folgen abzugeben. Er frage sich, ob es nicht illusorisch sei zu glauben, die Sachverständigen könnten Stellung nehmen, ohne die möglichen politischen Auswirkungen dieser Meinungsäußerungen zu bedenken. Die Sachverständigen dürften kaum einen nützlichen und klar umrissenen Beitrag zu den Arbeiten leisten können, ohne vorher mit den verantwortlichen Ministern Fühlung genommen zu haben. Herr Bech ist der Auffassung, daß bei einer derartigen Arbeitsmethode die tatsächlichen Schwierigkeiten auf die letzten Arbeitsphasen verschoben werden könnten. Außerdem handele es sich seines Erachtens hierbei auch um eine Frage der Aufrichtigkeit zwischen den einzelnen Delegationen von Anfang an.

Herr Pinay bestätigt erneut, daß Frankreich an dem gemeinsam in Messina beschlossenen wirtschaftlichen Organisationsprogramm festhält. Wie Herr Hallstein, so ist auch Herr Pinay der Ansicht, daß es sich auf Grund der Ereignisse sowohl auf politischer als auch auf technischer Ebene notwendig erweise, eine große Anstrengung zu machen, um die wirtschaftliche Organisation Europas voranzutreiben.

Im Hinblick auf die Atomenergie meint Herr Pinay, wenn die sechs Länder nicht zu einer gemeinsamen Nutzung aller bereits durchgeführten Forschungen und aller verfügbaren Vorkommen gelangten, werde jedes dieser Länder in Anbetracht der bedeutenden Ergebnisse, zu denen die Forschungen in der übrigen Welt offenbar gelangt seien, außerordentlich im Rückstand bleiben.

Die Regelung der Arbeiten der Sachverständigen möchte er Herrn Spaak überlassen. Er vertraue seiner Erfahrung, seiner Autorität und seiner europäischen Überzeugung, die ihm eine Garantie dafür seien, daß diese Arbeiten so schnell wie möglich und mit der größtmöglichen Wirksamkeit durchgeführt würden. Indessen bringt Herr Pinay den Wunsch zum Ausdruck, daß das Arbeitstempo im allgemeinen nicht auf die Möglichkeiten eines Fortschrittes auf dem schwierigsten Gebiet - seines Erachtens der gemeinsame Markt - abgestimmt werde. Seiner Ansicht nach müsse man sich bemühen, so schnell wie möglich das zu erreichen, was auf jedem einzelnen der in der Entschließung von Messina genannten Gebiete durchführbar sei.

Herr Spaak bemerkt mit Genugtuung, daß die Erklärungen seiner Kollegen wegen der sich darin zeigenden Übereinstimmung der Gesichtspunkte keiner langen Antwort seinerseits bedürften. Er stellt fest, daß sich die sechs Minister über die großen Linien der zu verfolgenden Aktion einig seien, daß die auf der Konferenz von Messina jeweils vertretenen Standpunkte unverändert blieben und daß seine Kollegen der Auffassung seien, daß eine europäische Politik sowohl auf politischem als auch auf wirtschaftlichem Gebiet heute noch notwendiger sei als vor einigen Monaten.

Herr Spaak betont nochmals, das besondere Merkmal der Arbeiten von Brüssel sei seines Erachtens die kategorische Bestätigung des Willens der Regierungen, den gemeinsamen Markt zu verwirklichen.

Im Rahmen dieser Idee müßten sich die Fachleute so frei wie möglich fühlen können. Dabei werde selbstverständlich der Tatsache Rechnung getragen, daß sie weiterhin einer nationalen Verwaltung angehörten und einer Regierung unterstünden. Herr Spaak definiert die an die Sachverständigen gestellte Forderung als eine technische Hilfe zur Verwirklichung des von den Ministern festgelegten politischen Zieles. Es sei übrigens offensichtlich, daß ein eventueller Fehlschlag der unternommenen Bemühungen keinesfalls den Sachverständigen zugeschrieben werden könne, sondern nur den Politikern, die allein den Parlamenten und der Öffentlichkeit verantwortlich seien.

Seiner Meinung nach müsse daher der politische Wille der sechs Regierungen, wie er in Messina zum Ausdruck gekommen sei, von neuem bestätigt werden, damit die Sachverständigen ganz von dem zu erreichenden Ziel und dem ihnen obliegenden Auftrag durchdrungen seien.

Zu den Perspektiven, die sich durch die derzeitigen Arbeiten eröffnen, bemerkt Herr Spaak, er habe, ebenso wie Herr Pinay, in Messina das Gefühl gehabt, daß man auf den Gebieten des Transportwesens und der Energie im herkömmlichen Sinne leichter und schneller zu Ergebnissen gelangen würde. Die auf diesen beiden Gebieten von den Sachverständigen geleistete Arbeit habe indessen gezeigt, daß noch eine große Zahl technischer Schwierigkeiten bestehe, während andererseits die Sachverständigen des Ausschusses für den gemeinsamen Markt anscheinend größere Hoffnung hätten, daß man zu positiven Ergebnissen gelangen könne.

Hinsichtlich der Atomenergie, die ein ganz neues Tätigkeitsgebiet darstelle, schienen sich die Sachverständigen bereits darüber einig zu sein, daß ein gemeinsames Arbeiten von großem Interesse sei. Die Genfer Konferenz, die die wesentlichen Fortschritte anderer Länder in der praktischen Verwendung der Atomenergie aufgezeigt habe, habe gewiß diese Meinung bestärkt.

Zur Frage gewisser vorheriger Harmonisierungen stellt Herr Spaak fest, falls es sich erweise, daß für die Errichtung eines gemeinsamen Marktes eine vorherige Harmonisierung der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik usw. unerlässlich sei, solle man lieber zugeben, daß man auf einen solchen Markt verzichte. Demgegenüber heiße es die augenscheinlichen Tatsachen verleugnen, wenn man bestreite, daß bei der Errichtung des gemeinsamen Marktes gewisse gleichzeitig zu treffende Harmonisierungsmaßnahmen notwendig seien. Herr Spaak glaubt nicht, daß die Arbeiten von Brüssel auf solche Schwierigkeiten stoßen müssen. Er halte die Meinung gewisser Sachverständiger des Verkehrsausschusses oder des Ausschusses für Energie im herkömmlichen Sinn für übertrieben, die der Ansicht seien, daß ihre Arbeiten eine Änderung erfahren würden, je nachdem ob ein gemeinsamer Markt errichtet werde oder nicht.

Bei dieser Gelegenheit erinnert Herr Spaak daran, daß eine sofortige Aktion auf dem Gebiete des Verkehrswesens oder der Energie im herkömmlichen Sinne wohl geeignet sei, einen Beitrag zur Verwirklichung eines gemeinsamen Marktes zu leisten, daß die Minister jedoch in Messina zur Ansicht gekommen seien, daß man auf diesen Gebieten auch außerhalb der Hypothese eines gemeinsamen Marktes zu Ergebnissen kommen könne.

Herr Pinay erklärt sich mit Herrn Spaak vollkommen darin einig, daß die verschiedenen Maßnahmen zur Errichtung eines gemeinsamen Marktes gleichzeitig getroffen werden müssen und daß der gemeinsame Markt schrittweise zu verwirklichen ist. Was die anderen Sektoren anbetreffe, so sei er nach wie vor der Meinung, daß es möglich sein müsse, schneller voranzugehen, denn trotz der unvermeidlichen technischen Schwierigkeiten seien die grundlegenden Verhältnisse der sechs Länder auf dem Gebiet des Verkehrs und der Energie im herkömmlichen Sinn viel ähnlicher als auf dem Gebiet des gemeinsamen Marktes.

Auch Herr Hallstein betont in Übereinstimmung mit Herrn Spaak, daß die Aufgabe der Sachverständigen nicht nur darin bestehe, die technischen Schwierigkeiten aufzuzeigen, die sich der Verwirklichung der in Messina festgelegten Ziele in den Weg stellten, sondern auch die Lösungen zu finden, die es ermöglichen würden, den politischen Willen der Minister in die Tat umzusetzen.

Die Sitzung wird um 13.15 Uhr aufgehoben.

Zweite Sitzung

(Dienstag, den 6. September 1955 - Nachmittag)

Die Sitzung wird um 16.30 Uhr wieder aufgenommen.

Der Präsident glaubt aus dem Meinungsaustausch entnehmen zu können, daß die Minister die vom Lenkungsausschuß erteilten Richtlinien sowie die von Herrn Spaak und seinen Mitarbeitern festgelegte Arbeitsmethode einstimmig billigen. Auch könnten sich die Minister nur zu der vom Regierungsausschuß geleisteten Arbeit und den von ihm erzielten Ergebnissen beglückwünschen. Nach Auffassung des Präsidenten haben die Sachverständigen in Brüssel eine sehr glückliche Formel gefunden, die einen Kompromiß zwischen einer Sachverständigenkonferenz und einer Konferenz auf Regierungsebene darstelle. Andererseits werde durch die von Herrn Spaak empfohlene freie Meinungsäußerung verhütet, daß eine Verhandlungsatmosphäre entstehe. Obwohl einige wichtige Fragen noch zu prüfen und zu lösen seien, habe man doch Mißverständnisse zerstreut und wesentliche Punkte geklärt. Die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten seien mehr dem Umstand zuzuschreiben, daß es den Sachverständigen praktisch noch nicht möglich gewesen sei, in eingehendere Besprechungen über diese Punkte einzutreten, als daß grundsätzlich gegenteilige Meinungen festgestellt worden seien.

Der Präsident unterstreicht anschließend die Bedeutung, die der Beteiligung Großbritanniens und der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl an dem gesamten Komplex der Arbeiten zukommt. Auch die in Brüssel aufgenommenen Beziehungen zu den übrigen internationalen Organisationen stellten einen wesentlichen Faktor dar.

Der Präsident ist ferner der Auffassung, daß die in bezug auf den gemeinsamen Markt abgegebenen Erklärungen die Bedeutung erkennen ließen, welche die Minister der Lösung des Problems der wirtschaftlichen Einigung Europas beimäßen.

Abschließend stellt der Präsident mit Befriedigung fest, daß sämtliche in der Messina-Entscheidung erwähnten Punkte ihre Bestätigung gefunden hätten.

IV. Punkt 4 der Tagesordnung: Verfahren für die Vorlage des in Kapitel II Abschnitt 4 der Entscheidung von Messina vorgesehenen Gesamtberichts des Regierungsausschusses.

Nach einem Meinungsaustausch, der von den Bemerkungen und Vorschlägen von Herrn Spaak in seinem allgemeinen Exposé ausgeht, stellt der Präsident das Einvernehmen der Minister in nachstehenden Punkten fest:

- die Berichte der im Rahmen des Regierungsausschusses einberufenen Sachverständigenausschüsse werden vor dem 1. November 1955 fertiggestellt;
- der Gesamtbericht des Ausschusses wird den Ministern sobald wie möglich nach diesem Zeitpunkt zugeleitet;
- eine weitere Tagung der Außenminister kann für Ende November in Aussicht genommen werden.

V. Punkt 5 der Tagesordnung: Modus und Verfahren für die Teilnahme der Hohen Behörde der EGKS und der Generalsekretariate der OEEC, des Europarates sowie der EKVM an den Arbeiten der Konferenz der Minister und des Regierungsausschusses.

Unter Bezugnahme auf das Exposé von Herrn Spaak hält der Präsident es für angebracht, für die EGKS auf Grund ihrer besonderen Stellung andere Modalitäten für die Teilnahme an den Arbeiten des Regierungsausschusses vorzusehen als für die übrigen internationalen Organisationen. Er schlägt daher vor, die Minister sollten sich der bisher von Herrn Spaak und den Delegationsleitern festgelegten Formel anschließen. Mit der OEEC und den übrigen internationalen Organisationen sollte der Regierungsausschuß zweckmäßigerweise in ständiger Fühlung bleiben, sie über die durchgeführten Arbeiten unterrichten und sie zur Teilnahme an den Sitzungen des Lenkungsausschusses und der Ausschüsse auffordern, wenn er dies im

Interesse eines guten Fortgangs der Arbeiten für nützlich erachte.

Herr Spaak stellt die Frage, ob er diesen Vorschlag des Vorsitzenden so auslegen solle, daß die Minister die in dieser Beziehung von dem Regierungsausschuß getroffenen Vereinbarungen – insbesondere in bezug auf die Zusammensetzung des Lenkungsausschusses – guthießen und gleichzeitig damit den Wunsch nach einer ständigen Zusammenarbeit mit der OEEC und den übrigen internationalen Organisationen zum Ausdruck bringen wollten.

Der Präsident stellt fest, daß die Minister mit dem Vorschlag im Sinne der von Herrn Spaak gegebenen Auslegung einverstanden sind.

VI. Punkt 6 der Tagesordnung: Erörterung der Empfehlung Nr.72/1955 der Beratenden Versammlung des Europarates.

Der Präsident weist darauf hin, daß die Beratende Versammlung des Europarates mit der Annahme der Empfehlung Nr. 72 über die europäische Integration (Anlage II) am 7. Juli 1955 „dem Ministerausschuß empfohlen habe, die Regierungen der Mitgliedstaaten, die an dem in der Messina-Entscheidung vorgesehenen vorbereitenden Ausschuß beteiligt sind, aufzufordern, der Beratenden Versammlung die Beschlüsse dieses Ausschusses, welche spätestens am 1. Oktober veröffentlicht werden müssen, mit der Bitte um Stellungnahme zuzuleiten“.

Der Präsident schlägt vor, Herrn Spaak zu bitten, im Laufe seiner Ausführungen vor der Beratenden Versammlung des Europarates über die Arbeiten des Regierungsausschusses zu berichten.

Es wird so beschlossen.

VII. Punkt 7 der Tagesordnung: Verschiedenes, - Unterrichtung der Gemeinsamen Versammlung der EGKS.

Der Präsident stellt fest, in bezug auf die Gemeinsame Versammlung der EGKS stelle sich ein ähnliches Problem wie das, das unter Punkt 6 der Tagesordnung behandelt worden sei. Er frage sich, ob in Anbetracht der Tatsache, daß die EGKS an den Arbeiten des Lenkungsausschusses beteiligt sei, dieser Punkt Gegenstand eines besonderen Beschlusses sein müsse, da ja die Hohe Behörde die Gemeinsame Versammlung über die vom Brüsseler Ausschuß geleisteten Arbeiten laufend unterrichten könne.

Herr Martino will wissen, ob es in diesem Falle nicht angezeigt wäre, die Hohe Behörde zu ermächtigen, die gemeinsame Versammlung über die Arbeiten in Brüssel zu unterrichten.

Herr Bech äußert Bedenken, der Hohen Behörde eine derartige Ermächtigung zu erteilen, da sie die Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung unterrichten könnte, bevor die Minister selber diese Informationen an ihre nationalen Parlamente weitergeleitet hätten.

Herr Spaak verweist auf die Geschäftsordnung der Gemeinsamen Versammlung und erklärt, die beste Lösung wäre vielleicht, daß ein Minister, der Mitglied des Rates der EGKS sei, der Gemeinsamen Versammlung Bericht erstatte.

Die Minister schließen sich diesem Vorschlag an und bitten Herrn Spaak, der Gemeinsamen Versammlung einen derartigen Bericht vorzulegen.

Herr Spaak erklärt sich zur Übernahme dieser Aufgabe bereit und versichert, er werde bemüht sein, diesen Vorschlag in der geeignetsten Form in die Tat umzusetzen.

[...]

Die Sitzung wird um 18.30 Uhr aufgehoben.

